

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 205  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verteiler: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Franzosen im Arbeiterheim.

Das Volkshaus in Herne verwüstet.

Herne, 8. März. (Eigener Bericht.) Seit dem 17. Januar war das Volkshaus, das schönste und größte eigene Versammlungsheim der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Bezirk Westfälisches Westfalen, von französischen Automobilsruppen in Stärke von etwa 120 Mann besetzt. Das Volkshaus, welches Eigentum der örtlichen Sozialdemokratischen Partei ist, wurde unter ungeheuren Mühen und beispielloser Opferwilligkeit der Herner freien Arbeiterschaft gleich nach der Revolution erbaut. Es war in all den Jahren der Herne Arbeiterschaft eine Stätte der Kultur und des Kampfes zum Vorwärtskommen aus den Nöten der Nachkriegszeit. Am letzten Sonntag wurden die französischen Truppen aus dem Volkshause in andere Quartiere verlegt. Die brutale Zerstörungswut, die räuberischen Plünderungen der französischen Truppen haben das Herne

Volkshaus nun zu einer Stätte der Verwüstung und der Trostlosigkeit gemacht. Von dem im großen Saal befindlichen Inventar ist fast alles verschwunden. Auf Grund der Inventurausnahme des städtischen Befehlsamtes fehlen 63 große Saalstühle, 431 Saalstühle, 24 Stühle mit Lederstuhl und 138 andere Stühle. Weiter sind verschwunden 427 Stuhlverträge und aus den elektrischen Lichtkörpern 26 Lichtbirnen.

Der große Saal wurde mit Gas geheizt, und da die Franzosen die Gasöfen Tag und Nacht brennen ließen, sind sie vollständig durchgebrannt und unbrauchbar geworden. Das Volkshaus hatte einen weichen Innenaustrieb und die Wände über den Decken sind jetzt durch das fortwährende Brennen der Gasöfen total geschwärzt. Die Franzosen haben, wenn es im Saal zu warm wurde, Türen und Fenster geöffnet, anstatt das Gas abzustellen. Die Prüfung der Licht- und Gaszähler ergab einen Verbrauch von über 5 Millionen Mark an Gas und elektrischem Licht. Nach dem Verlassen des großen Saales durch die Franzosen bot dieser einen kaum vorstellbaren verschmutzten Eindruck. Die 400 Quadratmeter Parkett des großen Saales zeigen die Spuren der schweren Nagelschuhe der Soldaten.

Der Bühnenraum des Volkshauses ist bis auf den großen Vorhang vollständig ausgeplündert, alle Kissen und sonstigen Bühnenankers sind verschwunden. Die Bühnenbeleuchtung demontiert. Die Kissen haben wir zerlegt in anderen Räumen. Sie sind zu Matrasen gebraucht. Die 400 Quadratmeter Parkett des großen Saales zeigen die Spuren der schweren Nagelschuhe der Soldaten.

Das Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, in dem eine französische Schreibstube untergebracht war und von wo aus die Ausgabe der französischen Zeitungen erfolgte, ist ziemlich unbeschädigt geblieben, allerdings hatten Parteilgenossen in letzter Stunde vor der Besetzung den langen ovalen Konferenztisch von über einer Million Wert in Sicherheit gebracht. Einen ekelhaften Anblick boten die Aborte, und trotz der Wasserreinigung herrschte eine verpestete Luft. Teilweise haben durch Abwässerungen der Aborträume die Decken gelitten. Photographische Aufnahmen werden die Zerstörungssätze der Franzosen bildlich darstellen und zeigen, daß ein Zeitungsbericht den Vandalismus der französischen Truppen gar nicht wiedergeben kann.

Die Herne sozialdemokratische Arbeiterschaft ist erbittert über den Vandalismus der französischen Soldateska. Ob die „Herren Ingenieure“ sich wirklich einbilden, mit diesen Mitteln die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes zu gewinnen?

## Einmarsch in Dortmund.

Dortmund, 8. März. (WIB.) Heute früh rückten starke Truppenmassen aus der Richtung Dortmund und Herne in die Stadt ein. Hier umflossen sie die Schule, in der die Schutzpolizei untergebracht war, und entwaffneten sie. Die Beamten konnten ihr Gewehr mitnehmen und die Offiziere den Degen behalten. Dann wurden die Beamten und Offiziere mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Das Stadthaus und die Polizeiwache in der Steinstraße sind von den Franzosen besetzt.

Dortmund, 8. März. (WIB.) Bei den Verhandlungen mit dem Bürgermeister erklärten die französischen Offiziere, daß der Einmarsch in Dortmund der Entwaffnung und Verhaftung eines Schutzpolizeibeamten gelte. Die Franzosen suchten im Stadthaus einen bestimmten Schutzpolizeibeamten, der sich angeblich dort versteckt hält. Im Bureau der Polizeiverwaltung im Stadthaus durchsuchten die Franzosen die Akten. Zurzeit findet eine Sitzung des Bürgermeisters mit den Fraktionsführern des Stadtverordnetenkollegiums statt. Vor dem Stadthaus steht ein Panzerwagen und an der nächsten Straßenecke sind mehrere Maschinengewehre aufgestellt.

## Zahmlegung des Verkehrs.

Mainz, 8. März. (WIB.) Der Bahnverkehr Gonsenheim-Mainz ist seit gestern gesperrt. Damit ist die letzte noch von deutschem Personal betriebene Verbindung mit dem Hinterland lahmgelegt. Außerdem haben die Franzosen wiederum eine ganze Reihe von Eisenbahn- und Postbeamten in Mainz verhaftet und ausgewiesen.

Mannheim, 8. März. (WIB.) Der Verkehr auf der Schiffsbrücke bei Speyer ist unterbrochen, da die Bedienung der Brücke durch deutsches Personal von den Franzosen nicht zugelassen wurde. Bei Landau wurde ein französisches Kostauto von einem von Franzosen geführten Eisenbahnzug überfahren und zertrümmert. — In

Neustadt a. d. Haardt und Umgebung bemühte sich ein französischer Oberst aus Ludwigshafen, deutsches Eisenbahnpersonal für französische Dienste zu gewinnen, doch blieben die Bemühungen erfolglos. Die Züge, die die Franzosen in der Pfalz fahren, sind schwach besetzt und werden von Deutschen nur wenig benutzt.

## „Bis hierher und nicht weiter!“

Rede Lord Robert Cecil.

London, 8. März. (WIB.) Lord Robert Cecil (der englische Delegierte im Völkerbund) erklärte gestern in einer Rede in Stevenage, die Zelt sei für England gekommen, zu Frankreich zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wir können euch bis zu einem gewissen Punkt unterstützen, wie können es uns aber nicht leisten, ganz Europa in Verwirrung für euch zu lassen für irgendeine Sache, so gerecht sie auch sein mag. Wir und das Volk dieses Landes sind vor allem für Frieden, und wir müssen Frieden haben, was auch immer die Folge sein möge. Lord Robert Cecil gab der Uebersetzung Ausdruck, daß dies die Aktion sein werde, die die Regierung unternehmen werde, wenn sie eine gute Gelegenheit dafür sehe. Die Regierung müsse es jedoch tun in einer Weise, die mit der Freundschaft und im Wohlwollen mit den französischen Alliierten vereinbar sei. Je früher man diese Fragen an den Völkerbund verweise, um so wahrscheinlicher werde man ein endgültiges und befriedigendes Ergebnis erzielen.

## Eine Warnung der „Times“.

London, 8. März. (WIB.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, die Stellung der Engländer in Köln, die in einem gewissen Sinne das Symbol der britischen Interessen an den europäischen Angelegenheiten geworden sei, sei ein sehr ernstes Problem. Durch die letzte Bewegung der französischen Truppen scheine Köln jetzt vollkommen vom nichtbesetzten Deutschland abgeschnitten worden zu sein. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Engländer in Köln und die Notwendigkeit immer weiterer Kompromisse in jeder Richtung führten dazu, daß die britische Politik den Eindruck der Unentschiedenheit mache. Dies sei eine ernste Sache für die Regierung. Keine der unzähligen Fragen, die die Regierung jetzt zu behandeln habe, könne an Bedeutung mit der Notwendigkeit der Lösung der augenblicklichen ernsten europäischen Krise verglichen werden. Das Gefühl, daß mitten im neuen katastrophalen Lauf der Ereignisse Großbritannien zur Instabilität und zu einer Haltung des Abwartens verurteilt sei, sei tief beunruhigend. „Times“ fragt, wie lange Großbritannien auf Gnade oder Ungnade den Ereignissen ausgeliefert sein solle. Es sei wünschenswert, daß die britischen Truppen so lange wie möglich in Köln bleiben, aber es sei noch wünschenswert, daß die Regierung ihrem eigenen Lande den wahrscheinlichen Lauf der Ereignisse und die wahrscheinliche Dauer und das Ergebnis eines Kampfes klar mache, der in seiner Entwicklung eine immer größere Katastrophe herbeiführen drohe. In dieser brennenden Frage vor allem wünsche das Land von der Regierung klare und unmißverständliche Führung.

## Unzufriedenheit mit Bonar Law.

Paris, 8. März. (TL.) Von den englischen Abendblättern erklärt „Evening News“ die Ausführungen Bonar Laws über die Ruhrbesetzung für nicht zufriedenstellend. Eine größere Ermüdung hätte Frankreich nicht gegeben werden können als durch das Versprechen Bonar Laws, sich von jeder Intervention fernzuhalten, und zwar deshalb, weil Frankreich darin einen feindseligen Schritt erblicken würde. Das genannte Blatt forderte eine stärkere politische Initiative in den auswärtigen wie in den inneren englischen Angelegenheiten.

## Internationale sozialistische Konferenz.

London, 8. März. (WIB.) „Daily Telegraph“ zufolge wurde auf einer gestern im Unterhaus abgehaltenen Sitzung der Fraktion der Arbeiterpartei unter Berücksichtigung der vorgestiegenen Unterhausdebatte über die Ruhrfrage beschlossen, zur Abhaltung einer Vorkonferenz für eine größere Konferenz, an der die Vertreter der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Bewegung aller in Betracht kommenden Länder teilnehmen sollen, Einladungen ergehen zu lassen. Die Arbeiter- und sozialistischen parlamentarischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Italiens sollen aufgefordert werden, sobald wie möglich Vertreter nach London zu entsenden, um unverzüglich ein parlamentarisches Vorgehen wegen der Lage im Ruhrgebiet sowie in der Frage der Sicherheit der Reparationen zu erörtern. In Erwartung der geplanten internationalen Zusammenkunft beschloß die Partei, keinerlei Kundgebung zu veranstalten.

## Dollar 19000.

Die Stodung im Warenverkehr sowie die sich immer mehr verschärfende Geld- und Kreditkrise riefen im heutigen Berliner Devisenverkehr ein stärkeres Angebot ausländischer Zahlungsmittel aus Händen der Industrie und des Handels hervor. Diese Kreise versuchen, durch Abstoßen der Devisen sich die erforderlichen inländischen Zahlungsmittel zu verschaffen in der Hoffnung, daß sie im Bedarfsfälle die notwendigen Devisen für Einfuhrzwecke von der Reichsbank zu gleichen oder niedrigen Kursen wieder zur Verfügung gestellt zu erhalten. Heute setzte der Dollar mit 19000 ein und ging im Laufe des Geschäftes ungefähr auf 19000 zurück.

## Schulkampf im Einbruchgebiet.

Von Richard Lehmann.

Sherhei W., im März.

Es wirkt wie ein Symbol: Das erste sichtbare Zeichen der Besetzung, das man, von Dortmund westwärts fahrend, antreift, besteht in einem Geschwader von Tanks, die ausgerechnet auf einem Schulhofe aufgeföhren sind. Vor dem Schulgebäude selbst Schilderhäuser und aufgespaltene Bajonette. Und je weiter man kommt, in die eigentliche Einbruchzone hinein, um so häufiger werden die von Truppen belegten Schulhäuser, die gesperrten Schulhöfe. In Herne mit seinen knapp 70000 Einwohnern, das sich ja immer mehr zum Hauptquartier der Einbrucharmee auswehrt, sind allein 5 Schulen mit Besatz belegt. Was gilt dem Militarismus auch Schule und Jugendberziehung!

Doch nicht um solcher und ähnlicher Feststellungen willen sind wir ins besetzte Gebiet gefahren, sondern wir wollten uns davon überzeugen, in welchen Formen und in welchem Geiste der kulturelle Kampf, der seit Jahr und Tag hier im Ruhrgebiet entbrannt ist, nun inmitten des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Abwehrkampfes geführt wird. Wilde Gerüchte schwirren umher, Gerüchte, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf der Stirn tragen und die doch von politischen Geschäftemachern geflüstert und immer größer entsetzt verbreitet wurden, um dem politischen Gegner neben der allgemeinen auch noch eine kulturpolitische Dolchstoßlegende anhängen zu können. Sozialdemokratische Eltern sollten die gegenwärtige Situation ausmühen wollen, um ihre Wünsche nach einer Neugestaltung des Schulwesens durchzubrüden; ja, sie sollten mit einem Appell an die Befehlshaber gedroht haben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden; sozialdemokratische Lehrer sollten französische Offiziere zu Elternversammlungen eingeladen und in deren Gegenwart die französischen Schulen den deutschen gegenüber gerühmt haben, und noch vieles andere mehr. Alles natürlich Ratsch, haltlose Redereien, deren völlige Grundlosigkeit sich sehr bald durch einige Rückfragen feststellen ließ und im Interesse der Sache auch noch gerichtlich festgestellt werden wird. Auch mit dieser Dolchstoßlegende ist es also mal wieder nichts.

Aber auf einen tieferen politischen Zusammenhang der kulturellen Lage im Ruhrgebiet mit den jüngsten Beratungen im Bildungsausschuh des Reichstags muß allerdings hingewiesen werden. Das Ruhrgebiet war von jeher der Brennpunkt des Kampfes um die weltliche Schule, um die verfassungsmäßig gewährleistete, aber noch immer nicht durchgeführte Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit der konfessionellen. Es ist der begriffliche Wunsch der Arbeiterschaft, daß dieses kulturelle Existenzminimum, das die Verfassung ihr versprochen hat, nun endlich, 4 1/2 Jahre nach der Revolution und fast 4 Jahre nach Verkündung der Verfassung, auch wirklich gegeben wird — unabhängig von allen außenpolitischen Schwierigkeiten. Und genau so wie auf wirtschaftlichem Gebiete die Dolchstoßer nicht dort stehen, wo man den Abwehrkampf in stiller Selbstverständlichkeit unter Ablehnung des Schlagworts von der Einheitsfront führt, sondern dort, wo man sich aus egoistischen Interessen den Notwendigkeiten steuerlicher und finanzieller Opfer verschließen würde — genau so rütteln hier auf kulturpolitischem Gebiete nicht diejenigen an der Festigkeit der Abwehrfront, die ihre jahrelang erhobenen und bisher unerfüllten Forderungen nicht aufzugeben bereit sind, sondern diejenigen, die den gegenwärtigen Moment für geeignet halten würden, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Willen der Ruhrarbeiterschaft ein Reichsschulgesetz durchzubrüden, das die Verfassung im Sinne kirchlicher und konfessioneller Ansprüche ändert, statt sie loyal und unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der großen Masse sozialdemokratischer Arbeiter und Eltern auszuliegen. Anzeichen dafür sind leider vorhanden.

Im Bildungsausschuh des Reichstags haben nämlich die Vertreter der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der die Verfassungsbestimmung über die Religion in den Schulen folgender Art „deklarieren“ will:

Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam; der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt. Bei der Besetzung der Lehrerstellen an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Gemeinschaftsschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Lehrer an ihr tätig sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören.

Würde dieser Antrag Gesetz, so wäre damit praktisch der Ausbau bekenntnisfreier weltlicher Schulen aus der Welt geschafft.

Eltern und Lehrer im Einbruchgebiet haben sich wohl gehütet, die durch die Besetzung geschaffene politische Lage zu einem Druck auf die gelehgebenden Körperschaften auszunutzen, und sie haben dies in einer klaren Entschiedenheit am 28. Februar in Dortmund zum Ausdruck gebracht, in der ausdrücklich betont wird, daß sie jede Verbindung ihrer kulturellen Forderungen mit dem Abwehrkampf ablehnen. Um so unbegreiflicher aber ist gerade darum die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien im 30. Ausschuh des Reichstags. Wenn irgendjemand, dann ist jetzt der Versuch, ein Reichsschulgesetz gegen die Sozialdemokratie und gegen den klaren Sinn der Reichsverfassung zustandzubringen.

bringen, ein verhängnisvolles politisches Spiel, das von keinerlei Rücksichtnahme und Verständnis für die Gesamtlage getragen ist. Und sollte das Ausführungsgesetz zum Artikel 146 der Verfassung im gegenwärtigen Augenblick nicht im Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie und vor allem nicht mit der dringend notwendigen Schnelligkeit verabschiedet werden können, so müßte wenigstens durch ein Teilgesetz (Notgesetz) die rechtliche Gleichstellung der weltlichen Schulen festgelegt werden. Nur so läßt es sich verhindern, daß im Ruhrgebiet neue Schwierigkeiten auf kulturellem Gebiet aufgetürmt werden, die gerade jetzt unter allen Umständen vermieden werden sollten.

**Wohlfürstand:** keinerlei Bevorzugung, keinerlei Vorteile werden verlangt, sondern nur Gleichberechtigung auf der Grundlage der Toleranz. Auf diesem Boden, den die Verfassung selber sich zu eigen gemacht hat, wäre ein kultureller Friede zu erreichen. Aber auch nur auf ihm allein. Es geht nicht länger an, daß die weltlichen Schulen gleichsam in der Luft schweben, daß sie als Schulen minderen Grades schon äußerlich durch die Stellung ihres „Leiters“ klassifiziert werden, daß die Anstellung von Lehrern, nationalstiftisch oder konfessionell eingefärbt, der Willkür vorgelegter Behörden überlassen bleibt.

Die weltlichen Schulen des Ruhrgebiets sind weltliche Schulen im Sinne der Reichsverfassung und des sozialdemokratischen Programms. Die sogenannte „Bochumer Gefahr“, die Gefahr einer Umwandlung dieser Schulen in Weltanschauungsschulen, in sogenannte proletarische Klassenschulen, besteht tatsächlich nicht mehr, wie wir in den verschiedensten Besprechungen feststellen konnten. Die Eltern, deren Kinder nun schon Jahr um Jahr diese Schulen besuchen, haben also ein Recht, nun endlich ihre Gleichberechtigung zu fordern. Jede weitere Verschleppung birgt große Gefahren in sich, auf die schon vor Jahresfrist der sozialdemokratische Beherder in Hamburg die Reichsregierung nachdrücklich hingewiesen hat. Diese Gefahren sind seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet noch weit allgemeiner geworden. Der Reichstag sollte endlich auch hier die Not erkennen und anerkennen und durch eine schnelle Tat einen wichtigen kulturellen Beitrag für die Ruhrhilfe leisten.

## Volkspartei und Industrie.

### Querstreifen der „Wirtschaftsfriedlichen“.

Die gestrige Reichstagsrede Stresemanns ist durch ihre kluge Rührung allgemein aufgefallen. Sie bewegte sich auf derselben Linie wie die bekannte Frankfurter Erklärung des Herrn Bücher, des Geschäftsführers des industriellen Reichsverbandes, die die Verhandlungsbereitschaft der deutschen Industrie zum Ausdruck brachte und erhebliche Opfer von ihrer Seite in Aussicht stellte. Als dritter hat sich ihnen jetzt der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, zugesellt, der in Weipzig betonte, daß die Industrie bereit gewesen sei und noch sei, bis zum äußersten weiter zu leisten, falls die Möglichkeit dazu gegeben sei. Man kann dieses Einschreiten der Volkspartei und der Industrie in die Linie der Verhandlungsbereitschaft und der Erfüllungspolitik, wenn man mißtrauisch sein will, als einen bloßen taktischen Schachzug betrachten — es sind aber Kräfte genug vorhanden, um zu verhindern, daß dieser Zug wieder zurück getan wird. Darum bleiben die abgegebenen Erklärungen auf alle Fälle bedeutungsvoll.

Es ist selbstverständlich, daß sich diese Schwertung nicht ohne Reibungen vollziehen kann, und im Augenblick sind es die „Wirtschaftsfriedlichen“, die sich in dieser Beziehung am lautesten bemerkbar machen. Sie leben ja vom Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften und sind daher an einer rein scharfmacherischen und antisozialdemokratischen Einstellung der Volkspartei geschäftlich interessiert. Ihr Führer ist der bekannte Herr Geisler, der sich einseitig immer noch, trotz der Enthüllung seiner innerpolitischen Bistmischerichtigkeit, die im „Vorwärts“ erfolgte, Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion nennen darf.

## Zwei Minuten Strammstehen.

Von Bruno Manuel.

Man wird es nicht für möglich halten: der König von England ist der friedlichste Mann des Abendlandes. Das ist erst sehr herausgekommen; man hat ihm manches vergeben.

Als nämlich der große Krieg seinen kleinen Geist ausgab, fiel diesem bedrückten Mann ein Stein vom Herzen. Es wird behauptet, man habe den Stein bis weit über London hinaus fallen gehört. Königsgedanken sollen doch Volksgedanken sein. So ist nun jeder Engländer vom Säugling bis zum Mummelgeis ein friedlicher Mensch.

Und vom Säugling bis zum Mummelgeis wird alles froh gewesen sein, als die bedrückte Herrscherfeder sich eine Verordnung von der Seele schrieb, wodurch die Feier dieses Waffensstillstandes „für immerwährende Zeiten“ in würdiger Weise geregelt wird.

Es ist richtig, daß die Soldaten, die gewöhnlich den Krieg gefeiert haben, nun auch den Frieden zu feiern haben. Solange es in Britannien noch eine lebendige Uniform gibt, hat sie an jedem 11. November um 11 Uhr vormittags zwei Minuten lang stramm zu stehen. Ob sie nun gerade von ihrer Braut umschlungen wird oder in die Untergrundbahn steigen möchte oder noch bringendere Geschäfte vor hat — Schlag elf Uhr hat sie nichts als stramm zu stehen und zwei Minuten lang Geschäft Geschäft sein zu lassen.

Es ist selbstverständlich, daß sie sogar zu präsentieren hat, sofern sie zufällig auf Wache steht.

Nun werden also bis in alle Ewigkeit hinein alle britischen Uniformen an jedem 11. November zwei Minuten lang stramm stehen müssen.

Da fällt mir eine alte Geschichte ein, die dem friedlichen König ebenfalls hätte einfallen müssen. In Petersburg steht in den Anlagen eine Bank, vor der seit Menschengedenken ein Posten Wache halten mußte. Alle zwei Stunden wurde er abgelöst, und es war für Pöbeln selbstverständlich, daß sie die bewachte Bank zu ehren hatten.

Einmal kam ein hoher Offizier auf den dummen Gedanken, nachzuforschen, was es eigentlich mit dieser Bank auf sich hat. Das hat die alte Gewohnheit nicht ausgehalten, und man hat sie begraben müssen. Es hat sich ergeben, daß auf jener Bank vor Menschengedenken einmal eine Prinzessin gesessen hatte. Weil Parkbänke gewöhnlich nicht da sind, um von Prinzessinnen besessen zu werden, sollte diese seltene Berührung ihre letzte sein.

Da man nun dahinter gekommen ist, und die Bank wieder von all und jedem besessen werden darf, soll es keinen Petersburger geben, der mit diesen ungewöhnlichen Brettern noch nicht in Berührung gekommen ist.

Zu seiner Verteidigung veröffentlicht die deutschnationalistische „Deutsche Zeitung“ eine Zuschrift „von volksparteilicher Seite“, in der es heißt:

Wer als Volksparteiler, auf alldemselben Boden stehend, die Entwürdigung seiner Partei verfolgt hat, dem ist es ein Entsetzen darüber gekommen, was aus der Volkspartei geworden ist. Nach der Ermordung Rathenau hat sich die Volkspartei so sehr von dem linkspolitischen Kurs ihres „Führers“ Dr. Stresemann gefangen nehmen lassen, daß sie sich als wackere demokratische Partei gebärde.

Geister war wohl der energischste der Richtung, die die alte und wahre Fahne der DVV hochhielt. Deshalb fand er die erbitterte Gegnerschaft Stresemanns, der plötzlich erleben mußte, daß sein so schön mit Stegerwald und den roten Genossen abgefarbeter Plan der großen Koalition ins Wasser fiel. In Breslau offenbarte sich Stresemanns ganze Einstellung, als er Geister als den aktiveren Mann des guten alten volksparteilichen Geistes in der Reichstagsfraktion herausgriff und verlangte, die Partei „hätte zu wählen zwischen der Richtung Geister und Stresemann“. Andere Männer fielen damals Stresemann in den Arm, so daß er, da die Entscheidung nicht gefällt wurde, seine erste Niederlage erlebte.

Nach einem langen Beschimpfe über alles, was nicht gelb ist — u. a. wird gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften „im Verein mit einer Jüdin“ geführt werden —, wird die Hoffnung ausgesprochen, „daß sich die DVV, aus ihre ureigenen Einstellungen bestimmt, ehe es zu spät ist“. Das Bedürfnis der „Wirtschaftsfriedlichen“ nach Unterstützung aus dem Lager der Unternehmer wird hier zum alles überragenden Gesichtspunkt, hinter dem der Daseinstampf Deutschlands und die übrige Weltgeschichte so ziemlich ins Nichts verschwindet.

## Appell an das Rechtsgewissen.

Der Republikanische Richterbund Deutschlands hat an die Richter der Welt den folgenden Appell gerichtet:

Unter den Formen des Rechts werden zurzeit unsere Volksgenossen Westdeutschlands durch fremde Militärgerichte abgeurteilt, weil sie den Befehlen der deutschen Republik gehorchen, wie das Gesetz es befiehlt. Gegen diese Lustig legen wir freilichlichen Richter der deutschen Republik vor der ganzen Kulturwelt feierlich Bewahrung ein.

Wir fordern die Anerkennung folgender Grundsätze: Im Fall der Okkupation darf kein Staatsbürger zu feindlichen Handlungen gegen sein eigenes Land gezwungen werden. Kein Gericht darf sich als politisches Machsinstrument seines Staates mißbrauchen lassen. Kein Gläubiger, selbst in eigener Not, hat das Recht, den Schuldner bis aufs Blut zu pressen. Wie der Schuldner nach Treu und Glauben leisten muß, so darf der Gläubiger nur in den Schranken von Treu und Glauben herrschen und erzwingen.

Wir appellieren an die Richter der Welt: Verwendet Euren Einfluß auf Völker und Regierungen! Seht Euer Ansehen ein für den unersiehbaren Gedanken des Rechts, die wichtigste Grundlage wahren Völkerfriedens!

Dieser Aufruf ist auch den Berliner Vertretungen Englands, Amerikas und der neutralen Länder überreicht worden mit der Bitte, ihn durch Vermittlung ihrer Regierungen den Richtern ihrer Länder zur Kenntnis zu bringen.

## Um das Beamtenrätegesetz.

In der heutigen Sitzung des Beamtenauschusses des Reichstages teilte Ministerialdirektor Dr. Falk die Stellung des Reichstagsabteiles zur Frage des Schlichtungsausschusses im Beamtenrätegesetz mit. Die Regierung erkundigt die Schlichtungsausschüsse mit bindender Entscheidung für folgende Fälle an:

1. Wahlverfahren und Zusammensetzung der Beamtenräte (§ 17).
2. Überfennung der Mitgliedschaft von Mitgliedern der Beamtenräte (§ 25.1).
3. Einspruch gegen die Geschäftsordnung und noch näher zu bestimmende Punkte der Geschäftsführung der Beamtenräte (§ 29.4).
4. Bei Kündigung von Beamten, Anwärtern und Arbeitern, die nach § 12.2 und § 13.4 des Betriebsrätegesetzes nicht als Arbeit-

Was nun das englische Strammstehen betrifft, so wird nach Menschengedenken wahrscheinlich auch ein hoher Offizier auf den dummen Gedanken kommen, nachzuforschen, was es eigentlich mit diesem Strammstehen auf sich hat. Das wird dann diese alte Gewohnheit auch nicht ausgehalten; und sie wird ebenfalls begraben werden. Die dann noch immer lebendigen britischen Uniformen werden froh sein, an jedem 11. November um 11 Uhr vormittags nicht mehr zwei Minuten lang stramm stehen zu brauchen. Sie können sich wieder von ihren Bräuten umschlingen lassen oder in die Untergrundbahn steigen oder noch irgend andere Geschäfte besorgen.

Die Modedesignerin. In Apollon-Theater gibt es jetzt „Die Modedesignerin“, ein Operettenschwank, für den ein Herr Felzig die Erfindung, ein Herr Geier die Musik und ein Herr Beuth die Gesangstexte geliefert haben. Das Ganze will wohl so etwas wie eine Posse aus dem Berliner Konfektionsmilieu des Hausvogteipalastes sein. In dem Thema, über das vor Jahren der persiflorische Lurkiner seine satirisch-empfindliche Komödie „Selbstlern“ schrieb, wird kein lustiger Posseneinfall abgemunert. Es bildet nur den Hintergrund und Vorwand für eine ausgedehnte Modenschau im Mittelalter. Von einer feierlichen Ouvertüre angekündigt, erscheinen im langsamen Vorbeimarsch eine nach der anderen, wohl an die 20 Mannequins und Probenröhren in Toiletten eines diesigen auf dem Zettel prangenden Modepalastes, und ziehen, damit das Publikum genügend Ruhe habe, alles anzustimmen, im Rundgang durchs Parkett. Geschäftsreklame hat die Rolle der inspirierenden Muse übernommen. Stimmungsvoll bereitet beim Entree des Garderobengelds von 500 Mark den Geist auf die Erwartung solcher Kostbarkeiten vor.

Die Modedesignerin der Firma (Bräulein Reingrubler), deren engerer Bereich sich aus einem jungen Angestellten, dem Ober und einem in besonders nüancierten Statterstücken bewährten Schneider zusammensetzt, beweist ihre ungewöhnliche Intelligenz dadurch, daß sie, um die Verlobung des Geliebten mit einer Wiener Dame zu verhindern, bei ihr in Herrentracht höchlichst als Werber auftritt. Bis 11 Uhr zog sich die Sache hin. Von der Rahnheit der Einkäufe noch die temperamentsvolle elegante Geliebte Frau Heidemans in der bei allen solchen Studien obligaten Rolle des vertriebenen Taufensalza erfreulich ab. Er erlebte die Länge des dreißigen Charms und brachte es sogar fertig, durch seine komplimentierende Witze die sonst endlose Länge der Modenschau unterhalb zu kürzen. Die Couplets der gefälligen Musik erhellten noch den Aktus auf dem Vorhang, um das Publikum zum Mitsummen des Textes zu animieren. Eins davon: „Bach uff, jetzt is die Slang raus“, vollzogene, vom Ratgeber steterischer Strobenbahnen — nicht gerade geschmackvoll — aufs politische Gebiet und die Ruhmisiere hinüber.

Der Direktionswechsel in der Volksbühne. In der Presse sind verschiedentlich Mitteilungen aufgetaucht, wonach dieser oder jener Bewerber bereits als Nachfolger Friedrich Kammers für die Leitung des Theaters am Bülowplatz ins Auge gefaßt sei oder „an erster Stelle“ in Betracht käme. Der Vorstand des Vereins Volksbühne bittet uns, dazu mitzutun, daß all diese Nachrichten auf müßigen

nehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes gelten (§§ 2 und 3). Das Reichsabteilt macht die Zustimmung zu dieser ihrer Stellung davon abhängig, daß der § 25.2 der Regierungsvorlage, wonach die Möglichkeit besteht, ein Mitglied des Beamtenauschusses für seine Tätigkeit als solchen durch den höchsten Vorgesetzten zur Verantwortung zu ziehen, wiederhergestellt und im § 33 das Wort „Mitbestimmung“ durch „Mitwirkung“ ersetzt wird. Ferner soll der von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu diesem Paragrafen eingebrachte Absatz 2 gestrichen werden, der besagt: das Recht der Mitbestimmung bedeutet, daß bei mangelnder Einigung zwischen Dienstvorgesetzten und Beamtenrat der letztere Beschwerde bei der nächst höheren Instanz einlegen kann. Die Beschwerde hat keine ausführende Wirkung. Nach Entgegennahme dieser Erklärung vertagte sich der Ausschuss.

## Deutschnationale Wünsche.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich in den letzten drei Tagen mit dem Etat des Ministeriums des Innern. Die deutschnationalen benutzten diese Gelegenheit zu einem scharfen Vorstoß gegen die Politik des Innenministers, Genossen Seevering. Sie führten besonders Klage darüber, daß Seevering im letzten Jahre mehrere Verordnungen und Regierungspräsidenten, deren politisches Verhalten mit den Lebensinteressen der Republik unvereinbar war, der Stellung enthielt. Ferner verlangten sie die Aufhebung der Verbote gegen die sogenannten nationalen Verbände, da diese Organisationen im Kampfe gegen den äußeren Feind noch Wichtiges leisten könnten. Das Verhalten der Regierung bei der Personalpolitik und gegenüber den Selbstschutzverbänden sei geeignet, diese notwendige Einheitsfront schwer zu gefährden. Seevering erklärte, daß das Ministerium von seiner bisherigen Stellungnahme gegenüber den sogenannten nationalen Verbänden nicht abweichen könne. Im Interesse des Staates und gestützt auf ganz bestimmte Vorgänge sei es vielmehr dringend geboten, gegen Bestrebungen aller Art, die darauf hinauslaufen, sich militärische oder polizeiliche Befugnisse anzumachen, mit allen Mitteln einzuschreiten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie wiesen in dem gefanzogenen Zusammenhang auf die Waffenschreibungen hin und verlangten rücksichtsloses Durchgreifen aus innen- und außenpolitischen Gründen. Die Vorwürfe anlässlich der Personalpolitik der Regierung konnten sie unter Hinweis auf das Verhalten des Obergrenzstaates zurückweisen.

Eine ganze Reihe von Wünschen und Beschwerden bezog sich auf die Verhältnisse im neu- und arbeitslosen Gebiet. Die Befolgung, Unterbringung und Versorgung der Polizeibeamten, die zu Klagen vielfach Anlaß gab, soll in einem besonderen Unterausschuss besprochen werden.

## Nationalistischer Unfug.

Gelsenkirchen, 8. März. (Eca.) Im Industriebezirk haben sich, wie die „Gelsenkirchner Zeitung“ meldet, Geheimorganisationen gebildet, die an die verschiedensten Beamten anonyme Briefe schreiben, die mit „Wasserländer Ueberwachungs-ausschuss“ und „Gauertzinken“ unterzeichnet sind. In diesen Briefen wird den Beamten schlappe Haltung, Franzosenfreundlichkeit und dergleichen vorgeworfen. Ein hoher Beamter, der erst kürzlich aus der französischen Haft zurückgekehrt ist, erhielt in den letzten 4 Tagen drei solcher Schreiben, und zwar aus Dortmund, Gelsenkirchen und Wanne. Andere Beamte und auch Bürger wurden ebenfalls in solchen Briefen bedroht, man würde ihr Tun überwachen lassen, und sie gegebenenfalls zur Verantwortung ziehen. Die „Gelsenkirchner Zeitung“ verlangt, daß die Reichsregierung sofort alle Hebel in Bewegung setzt, um diesem Treiben ein schnelles Ende zu bereiten. Je eher diesen Geheimorganisationen das Handwerk gelegt wird, um so besser ist es um die Sicherheit und Nervenkraft der Ruhrbevölkerung, vor allem aber um die Royal und Opferfreudigkeit der Beamten bestellt.

Wir können uns der Forderung der „Gelsenkirchner Zeitung“ nur vollkommen anschließen. Von der Regierung muß erwartet werden, daß sie dem gemeingefährlichen Treiben der nationalistischen Verschwörer scheinig ein Ende setzt.

Die russischen Staatsschulden an England. Von der englischen Regierung wurde im Unterhaus auf eine Anfrage Wortes mitgeteilt, daß die russische Regierung der britischen Regierung etwa 680 Millionen Pfund schulde. Diese schlossen die Privatforderungen nicht ein.

Kombinationen beruhen. Die Frage, in welcher Weise die Nachfolge Friedrich Kammers gelöst werden soll, ist noch völlig unentschieden. Die zur Entscheidung berufenen Stellen des Vereins Volksbühne haben dazu noch gar nicht Stellung nehmen können. Unrichtig ist auch die in manchen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß während dem künstlerischen Ausschuss des Vereins Volksbühne und Direktor Kammers deshalb irgendwelche Spannungen entstanden wären, weil der künstlerische Ausschuss aus der Volksbühne ein „reines Arbeitertheater“ machen wollte. Der künstlerische Ausschuss hat sich bei seinen Vorschlägen für den Spielplan immer nur um künstlerischen Gesichtspunkten leiten lassen. Der Verein Volksbühne legt Wert darauf, in den Massen der Berliner Arbeiterschaft seine Stütze zu finden. Die Mitgliedschaft steht jedoch jedermann offen.

Gewisse Theaterschwärms haben die ganze Angelegenheit vorzeitig in die Presse gebracht und sich dabei als wichtige Persönlichkeiten aufgepisst, die alle Interna kennen; sie haben auch ihre Kandidaten der Volksbühne gnädigst überlassen. Man sollte dafür sorgen, daß aus den Verhandlungen der Volksbühnen-Ausschüsse nichts wieder an solche Adressen gelangt.

Die Scheintod-Pistole. Die räuberischen Angriffe haben sich im Bereich von Berlin in letzter Zeit außerordentlich vermehrt, und die Unfähigkeit, der der einzelne ausgelegt ist, läßt auf Sicherheitsmaßnahmen hin, die den harmlosen Passanten gegen verbrecherische Ueberfälle schützen. Ueber eine geniale Erfindung, die „Scheintodwaffe“, die ein üblicher Schutz gegen alle Angriffe auf Leben und Gut ist, wird in „Meber Land und Meer“ berichtet. Es ist eine Erfindung des Chemikers Dr. Klemmer, und sie besteht aus einer eigenartigen Mischung verschiedener Stoffe, die unter Hinzufügung eines Prozentsatzes Schießpulver zu einer Patrone verarbeitet werden. Diese „Scheintod-Patrone“ wird durch eine besonders dafür konstruierte „Scheintod-Pistole“ auf den Gegner abgefeuert; es entwickelt sich dann sofort ein umfangreicher gasförmiger Körper, der dem Beschossenen mit außerordentlicher Wucht entgegengeschleudert wird. Der starke Knall des Schusses, verbunden mit dem Luftstößen des Pulvers, jagt dem Angreifer zunächst einen heftigen Schreck ein. Dann aber trifft ihn der Gaskörper, der den Kopf in eine dicke Wolke hüllt. Die Gase dringen in die Augen und wirken während auf das Sehvermögen, wodurch eine völlige minutenlange Blindheit erreicht wird. Außerdem werden die Schirmhüte heftig gereizt; der Beschossene muß stark Atem holen und dabei strömen die Gase in die Lungen, wo sie eine bestemmende Atemnot, eine Art Ersticken, hervorrufen. Trotzdem verursacht diese zunächst so fürchterlich wirkende Waffe keine dauernden schädlichen Folgen. Der Angreifer ist nur auf einige Minuten vollkommen hilflos gemacht, so daß genügend Zeit bleibt, um Reißend zu holen und die Verhaftung vorzunehmen. Die Pistole, die stets geladen werden kann, ist für den Schützen selbst ohne jede Gefahr.

Der Tanzreform. Wie es Arch, Saul, Kaufmanns nicht, so auch Tanzreform. Der Reformator im Dauerlangen, der zuerst in Amerika aufgestellt wurde, ist kürzlich nach England gefahren, aber sehr schon wieder gebröckelt worden. In der Grafschaft York hat ein Paar ohne Unterbrechung 7 Stunden 45 Minuten hintereinander getanzt und damit den bisherigen Rekord um 15 Minuten übersteuert.

# Todesstrafe für Eisenbahner.

## Deutsche Protestnote.

Die deutschen Vertreter in Paris, London und Brüssel haben den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, weisungsgemäß eine Protestnote gegen die Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission Nr. 145 und 147, die Todesstrafe für Eisenbahner androht, übergeben. In ihr heißt es nach Ausführung der wichtigsten Bestimmungen der Verordnung:

Die Verordnung wird u. a. mit der Erwägung begründet, daß die Befehlsgewalt in den meisten Ländern für Anschläge gegen Eisenbahnen die schwersten Strafen vorsieht. Selbstverständlich enthält auch die deutsche Strafgesetzgebung solche Bestimmungen, so daß es einer Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission nicht erst bedürftig wäre, wenn es ihr lediglich darauf angekommen wäre, daß der Eisenbahner in besetzten Gebieten gegen Transportführungen in gleicher Weise geschützt werde, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Der Inhalt der Verordnung zeigt, daß sie etwas anderes bezweckt. Sie will durch

### Strafbestimmungen von unerhörter Grausamkeit

die deutschen Eisenbahndienstlichen zwingen, sich in Widerspruch mit ihrem Diensteid, ihrem vaterländischen Gefühl und ihrem Gewissen aktiv an der rechtswidrigen Aktion Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen.

Die deutsche Regierung hat in ihren Protesten wiederholt das Bestreben der Interalliierten Rheinlandkommission bloßgestellt, gegen Deutsche einen selbst in Kriegszeiten verbotenen Zwang zur Dienstleistung gegen das Vaterland auszuüben. In der vorliegenden Verordnung erreichen diese Bestrebungen ihren Gipfel. Jetzt werden die Deutschen, die ihre

### gesetzliche Pflicht gegen das Vaterland

erfüllen, mit dem Tode bedroht. Die Leichtfertigkeit, mit der die Interalliierte Rheinlandkommission über Tod oder Leben befindet, geht soweit, daß sie die Todesstrafe an Latdefände knüpft, deren Dehnbarkeit der Willkür Tür und Tor öffnet; Handeln und Nichthandeln, Versuch und Tat werden völlig gleichgestellt, Missetat, Unschuld, Erfolg und hypothetische Möglichkeit des Erfolges werden miteinander vermischt. Was der Beamte auch tut oder läßt, er schwebt ständig in der Gefahr, sich in den Märschen dieser Gesetzgebung zu fangen.

Der gleiche Geist spricht aus der Verordnung 145, die die Interalliierte Rheinlandkommission am gleichen Tage erlassen hat. Sie gibt jedem Armeekorpsbefehlshaber das Recht zu bestimmen, daß die von den alliierten Militärgerichten verhängten Strafen, soweit sie 5 Jahre überschreiten, nicht in Deutschland, sondern in dem Heimatstaat des betreffenden Militärgerichtes abzuhängen sind. Ferner gewährt sie jedem Armeekorpsbefehlshaber volle Freiheit über Zeit, Ort und Art der Vollstreckung der Todesstrafen zu verfügen.

Durch diese Bestimmungen wird die Strafvollstreckung im besetzten Gebiet

### jeder gesetzlichen und gerichtlichen Sicherung entzogen

und der Willkür der Militärbefehlshaber überlassen. Den Generalen steht es künftig frei, verurteilte Deutsche in die Gefängnisse fremder Länder zu verschicken, wodurch die Strafe den Charakter einer regelrechten Deportation erbt. Daß in die Hand der militärischen Oberbefehlshaber auch die Bestimmung über die Art der Vollstreckung der Todesstrafe gelegt wird, kann nur dahin ausgelegt werden, daß die Exekution von all den Rücksichten befreit sein soll, die die Humanität und das Gerechtigkeitsgefühl einer modernen Zeit auch dem schwersten Verbrecher in seiner letzten Stunde gewährt.

Die deutsche Regierung legt gegen diese jeder Menschlichkeit missprechenden Verordnungen feierlich Verwahrung ein.

## Eine Rede Loucheurs.

Paris, 8. März. (CP.) Loucheur hielt gestern anlässlich der Jahresversammlung des englisch-amerikanischen Pressevereins eine Ansprache, worin er erklärte, daß sich die jetzige Lage aus dem Grunde so zuspitzt habe, weil die Politiker immer glauben, keine Wirtschaftler sein zu müssen, und umgekehrt. Dieses bedoes müßte aber miteinander untrennbar verbunden sein, wenn der Frieden in Europa wiederhergestellt werden soll. In bezug auf die Ruhr erklärte Loucheur, daß er gegen die Befehlsgewalt gewesen sei, weil er die jetzige industrielle Lage vorausgesehen habe. Jetzt aber stehe Frankreich an der Ruhr, und es müsse bis an die äußersten Grenzen seiner Politik gehen. In zwei Monaten wird Deutschland um die Eröffnung von Verhandlungen ersuchen. Die Franzosen seien ein vernünftiges Volk, die Ruhr sei für sie kein Ziel, sondern ein Zweck. Frankreich verfolge keinerlei politische Ziele an der Ruhr. Man habe auch gefürchtet, daß Frankreich eine Hegemonie des Eisens wolle, dies entspreche ebenfalls nicht den Absichten Frankreichs. Er sei überzeugt, daß das gegenwärtige Jahr in der Weltgeschichte als das Jahr bezeichnet werden wird, in welchem der Weltfrieden wieder hergestellt worden sei.

Loucheurs Ausführungen nähern sich dem Standpunkt der Radikal-Sozialisten, die zwar die Verantwortung für ein Unternehmen von sich abzuwälzen versuchen, das sie innerlich verurteilen, die jedoch glauben, eine Niederlage Frankreichs wäre für das Volk eine Katastrophe, und sie dürften sich nicht dem Odium aussetzen, eine solche Katastrophe herbeigeführt zu haben. Indem Loucheur diese Tatil unterliegt, setzt er sich in Widerspruch mit sich selbst, denn er stellt die politischen Rücksichten höher als die wirtschaftliche Vernunft und bringt sie in Gegenlag zu ihr. Dennoch müssen wir als objektive Beobachter ein gewisses Verständnis für diese halbe Opposition aufbringen und wollen hoffen, daß sie sich bald durchsehen wird, d. h. daß sich auch die Regierung über die Ziele Frankreichs im gleichen Sinne wie Loucheur erklären und daß sie ein Programm der wirtschaftlichen Vernunft aufstellen wird, von dem man wirklich sagen kann, daß es die Grundlage für einen zu einem Friedenszustand zwischen Deutschland und Frankreich bilden kann.

	8. März		7. März	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	7890.87	7800.18	8120.50	8220.50
1 argentinische Papier-Peso	7182. —	7218. —	7690.72	7720.28
1 belgischer Franc	1092.41	1097.50	1092.27	1092.78
1 norwegische Krone	8801.22	8818.78	8780.52	8790.48
1 dänische Krone	8990.78	8700.25	8960.07	8970.93
1 schwedische Krone	5187.12	5162.88	5516.17	5549.83
1 finnische Mark	—	—	578.80	678.20
1 japanischer Yen	9276.75	9329.25	9678.25	9694.75
1 italienische Lire	938.67	933.33	982.53	987.47
1 Pfund Sterling	91271.25	91728.75	97765. —	98215. —
1 Dollar	19351.50	19458.50	20623.31	20726.69
1 französischer Franc	1182.08	1157.97	1246.87	1258.13
1 brasilianischer Milreis	2244.87	2255.68	2319.18	2380.82
1 Schweizer Franc	3615.98	3634.07	3887.88	3887.12
1 spanische Pieta	8014.94	8090.06	8204.46	8220.54
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	28.27	28.43
1 schwedische Krone	—	—	611.46	614.54
1 ungarische Krone	—	—	6.70	6.74
1 bulgarische Lewa	—	—	117.93	118.05
1 jugoslawischer Dinar	—	—	209.47	210.53

# Die russisch-französische Annäherung.

## Beforgnisse in Polen.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Als vor einigen Wochen die Litauer ihren Putsch gegen Remel unternahmen, verbreitete sich in Warschau eine fast panikartige Angst vor einer russischen Intervention. Die Regierung mußte sehr energisch eingreifen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Dies ist ihr inzwischen gelungen, und zwar in dem Maße, daß die polnische Presse heute alle russischen Protestkundgebungen und alle kriegerischen Neußerungen aus Sowjetkreisen einfach als Bluff abstut. Im polnischen Generalstab scheint man allerdings nicht im gleichen Maße beruhigt zu sein, denn man tut gleichzeitig durch Einziehung von Reservistenjahrgängen und dergleichen alles, um die Schlagfertigkeit des polnischen Heeres zu erhöhen.

Hat sich die öffentliche Meinung in Polen gegenüber der russischen Gefahr in Sicherheit wiegen lassen, so zeigt sich dagegen ein starkes und allgemeines Unbehagen gegenüber den von Frankreich immer häufiger herüberkommenden Nachrichten von einer russisch-französischen Annäherung. Das ist verständlich. Man weiß in Polen in allen Parteien sehr genau, daß man in dem Bündnis mit Frankreich nur Rußland-Ersatz ist, und daß dieses Bündnis im Kern bedroht ist, wenn ein starkes, für westeuropäische Mächte bündnisfähiges Rußland wiedererstehen sollte. Dieser Gefahr wollen die politischen Hauptrichtungen in Polen auf verschiedenen Wegen entgegen. Die Rechte möchte Rußland und Polen verfeinden und so einen französisch-russisch-polnischen Dreiecksschiffen. Die Linke möchte das Wiederaufkommen Rußlands als einer Großmacht im früheren Stil verhindern, Polen aber durch Bündnisse mit den früher russischen Randstaaten so stark machen, daß das polnische Bündnis für Frankreich wertvoller wäre als das russische. Keine der beiden Richtungen hat bisher ihr Ziel erreicht, zumal die bolschewistische Herrschaft in Rußland das ganze Problem kompliziert. Man begreift daher, wie unangenehm in Polen der Gedanke berührt, daß Frankreich sich jetzt schon mit einem so unberechenbaren Partner wie Sowjetrußland einlassen könnte, und wie nahe die Befürchtung liegt, daß das von Frankreich von jeher ausgeglichene Polen das Opfer dieser Kombination werden könnte.

Die polnische Regierung hat sich nun wiederum bemüht, die öffentliche Meinung zu beruhigen, und zwar hat sie durch die offizielle Presse die Darstellung verbreiten lassen, für Polen sei eine französisch-russische Annäherung durchaus nicht bedenklich, ja, fast erwünscht. Angedeutet wird dabei auf der einen Seite, daß Frankreich selbst die Gefahren einer solchen Annäherung wohl richtig einschätze, auf der anderen Seite, daß eine französisch-russische Verbindung vielleicht eine Abföhlung der deutsch-russischen Beziehungen herbeiföhren könnte. Zwischen den Zeilen ist zu lesen, daß Polen sogar zu einer Vermittlung zwischen Rußland und Frankreich bereit wäre. Diesen Ausweg gegenüber einer drohenden Ausschaltung einer direkten Verbindung Frankreichs und Rußlands hat Stimmunt bekanntlich schon zur Zeit der Konferenz von Genöva gemacht.

## Nur Tiergeschichten.

Die gewissermaßen selbstverständliche Tätigkeit des heutigen „Kulturmenschen“ besteht darin, Geld und abermals Geld zu verdienen. Ob der Bodenmenschen verhungert, ja, ob bereits das Kind im Mutterleib hungert, was kümmert es den modernen Menschen? Eben und alte Freundschaften zerbrechen des Geldes wegen; Ideale, Menschenliebe und wahrhafte Moral — lächerliche Begriffe für den heutigen Menschen —, sie stehen tief im Kurs, weit unter dem Kurs der Krone oder der Mark. Tolle Zeiten, in denen wir leben. Alle, die diesen wahnwitzigen Rhythmus auf Grund ihrer Charakterstärke und ihrer Überzeugung nicht mitmachen, und dazu mühten alle Sozialisten gehören, freuen sich über jeden Ruhepunkt, über jede noch so kleine Insel in dem tosenden Meer des Wahnsinns. Einen solchen Ruhepunkt bilden die „Tiergeschichten aus dem ostafrikanischen Urwald“, die zurzeit Helene Schomburgk auf Veranlassung des Bezirksamts Friedrichshain den blassen Proletariatskindern des Berliner Ostens erzählt. Es sind einfache Geschichten, Erzählungen von jungen Esulanen und Schimpanzen, die von Europäern — Sklaven der Wissenschaft und unserer sogenannten Kultur, wie die Vortragende sagte — gefangen wurden. Ja, es sind einfache und schmucklose Erzählungen, aber durchbraust von mächtigen Affekten der Mutter- und Kindesliebe im Tierreich. „Mütter sind geheiligt im Affenreich!“ hört es, ihr Kulturmenschen! Im Menschenreich hört man gar oft über werdende Mütter faule Wiße, im Menschenreich läßt man Säuglinge ohne Milch, die man lieber den jungen Schweinen in den Trog schüttet, im Menschenreich ist die unbeselzte Mutter geachtet. Treffliche Lichtbilder unterstützen wirkungsvoll die Erzählungen der Vortragenden. Dankbar und voller Aufmerksamkeit nehmen die Kinder das Gebotene auf, und gar manches kleine Gehirn wird darüber nachgrübeln, warum es wohl die kleinen Affenkinder besser haben als die Menschenkinder. Ja, warum?

## Der angebliche Mieterstreik.

Der Vorstand des Hauses Berlin im Bund Deutscher Mietervereine hat gestern zu der Frage des von anderer Seite propagierten Mietzahlungsstreiks Stellung genommen. Er hat keinen Anlaß gesehen, von seiner bisherigen ablehnenden Haltung abzuweichen. Am 26. März wird eine Vertreterversammlung der im-Gau Berlin zusammengeschlossenen Mietervereine stattfinden, um zu dem Vergehen derjenigen Gruppen Stellung zu nehmen, die gemeinsam mit einer abseitsstehenden Mieterorganisation die Streikparole zum 1. März ausgegeben haben. Die kommunistische Partei, die an der Streikpropaganda nicht beteiligt sein will, läßt übrigens ihre Nase inszen. In der seitigen Nummer der „Neuen Jähne“ brinat sie einen Aufruf an die Mieterräte Berlins, der fordert, daß der Mieterstreik als ein Teil des politischen Kampfes geföhrt werde. Hier wird also endlich bestätigt, was wir von vornherein behauptet haben, daß die kommunistische Partei hinter den Streikagitatoren steht.

## Rassadenkletterer an der Arbeit.

Ein selbst in unserer Zeit ungewöhnlicher Einbruch wurde in der vergangenen Nacht in dem Hause Buragrasstr. 19, an der Ecke der Büttmannstraße, verübt. Die Verbrecher kletterten an der Fassade auf den Balkon des ersten Stocks empor, brüchten eine Scheibe der Tür ein und verschafften sich so Eintritt in eine große Wohnung, deren Türen alle in den Hinterräumen schloßen. Sie schloßen die Schloßtüren ein und räumten dann 5 Vorderzimmer aus. Im ganzen erbeuteten sie für 60 Millionen Mark. Auf die Eröffnung der unbekanntem Täter ist eine Belohnung von 1 Million, auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 5 Millionen Mark ausgesetzt. Rittungen nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103a des Polizeipräsidiums entgegen.

# „Automobilflächter“.

## Festnahme einer siebenköpfigen Verbrecherbande.

In dem letzten halben Jahre hatte sich eine eigentümliche Art von Dieberei ausgebildet. Es wurden mit besonderer Vorliebe Luxusautomobile von der Straße weg oder auch aus erbrochenen Garagen gestohlen.

Wenn die Einbrecher Zeit hatten, brachen sie auch gleich in der Garage die wertvollsten Teile, die Lichtanlagen und dergleichen heraus und ließen die Wagen stehen. Sonst föhren sie mit ihnen von der Garage oder von der Straße weg in die Umgebung Berlins, nach dem Grunewald usw. und montierten sie dort ab. Erst kürzlich wurde dem Fürsten Bücher von Wohlstatt aus Mt-Moabit ein Wagen im Werte von 60 Millionen gestohlen und zerstört in der Nähe der Landjägerstation im Grunewald aufgefunden. Dem Sonderbezernat der Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Seinemayer und seinen Beamten, gelang es jetzt, diese Diebstähle aufzuklären und 7 Mann hinter Schloß und Riegel zu bringen, einen Bruno Eggelin, Fritz Dpik, Bruno Courdt, Johann Haufer, Max Klein, Josef Keschinski und Fritz Siemona. Die Diebe hatten für ihre Taten den Privatkauffeur einer hiesigen Fabrik gewonnen. Sobald sie eine Garage ausfindigstellten oder einen Ort zu einem Straßen-diebstahl gefunden hatten, bestellten sie den Chauffeur für die Nachzeit und ließen ihn mit seinem Wagen in der Nähe halten. Gelang der Einbruch, so wurde die Beute sofort ausgeladen und zu Keschinski in der Prinzessstraße gebracht. Mußte man den Wagen draußens abmontieren, so fuhr der Chauffeur mit seinem Wagen mit hinaus, um die Beute nach Berlin zu schaffen. Bei Keschinski wurde alles nachgesehen und sortiert. Am nächsten Tage brachte man dann die Beute zu Simon in der Georgenstraße, der sie an Händler, mit denen er in Verbindung stand, verkaufte. In der Behausung fand man noch Material von 5 bei Einbrüchen und auf der Straße erbeuteten Wagen. Die Diebe waren alle mit dem Automobilwesen vertraut. Die ganze Gesellschaft wurde nach Moabit gebracht.

## Die Notlage der Krankenkassen.

### Der Kassenverband fordert ein Reichsdarlehen.

Die Differenzen zwischen den Krankenkassen und den Kassenärzten sind noch nicht behoben, und schon drohen neue Schwierigkeiten zu entstehen. Bei den im Reichsarbeitsministerium geföhrteten Verhandlungen zwischen den Kassen und den Ärzten haben die Kassenvertreter betont, daß die Verzögerung der Auszahlung des Verzeihonorars aus dem Geldmangel der Kassen zu erklären ist. Jetzt hat der Verband der Krankenkassen Groß-Berlins an das Reichsarbeitsministerium ein Schreiben gerichtet, das die noch fortdauernde Notlage der Krankenkassen schildert und auf die für die Kassenärzte zu erwartenden Folgen hinweist. Darin wird ausgeführt:

Die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten liegt darin, daß die Einnahmen der Krankenkassen nicht ausreichen, die sich notwendig machenden Ausgaben zu decken. Obwohl in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres die Preise von Tag zu Tag höher wurden, haben die Krankenkassen das ganze Vierteljahr hindurch mit einem gleichbleibenden Grundlohn bzw. den sich daraus ergebenden Einnahmen rechnen müssen. Einer etwa 20fachen Erhöhung des Grundlohnes standen Ausgaben für Sachleistungen gegenüber, die um das Viehhundertfache gesteigert waren. Trotzdem in dem ersten zwei Monaten dieses Jahres der Grundlohn von 500 M. auf 1800 M. und 3600 M. erhöht wurde, haben die daraus fließenden Mehreinnahmen in keiner Weise Besserung gebracht. In der gleichen Zeit sind die Ausgaben für Sachleistungen, für die wir Valutapreise bezahlen müssen, in einer geradezu katastrophalen Weise in die Höhe gegangen. Die Folge davon ist, daß die Krankenkassen bis zur Stunde noch nicht in der Lage waren, das Honorar den Ärzten für das vierte Quartal reiflos abzuführen. Sie haben das Gehalt ihrer Angeestellten am 1. März nicht voll bezahlen können, wie sie auch die Verbandsstofflieferanten, die Krankenhäuser und alle sonstigen Lieferanten nicht voll befriedigen konnten. Vor allen Dingen aber waren sie nicht imstande, die für Januar und Februar fällig gewordenen Teilhonorare an die Ärzte abzuführen. Infolgedessen wird nun das Gesamthonorar für das erste Quartal, das nicht weniger als 2.296.000.000 M. beträgt, am Schluß dieses Monats fällig.

Das Schreiben kündigt sodann an, daß die Kassen dieses Gesamthonorar wieder nicht am Fälligkeitstermin werden ausschütten können. Hieran werde auch dadurch nichts geändert, daß ab 5. März die Grundlöhne und damit die Einnahmen wesentlich erhöht worden sind. Die höheren Einnahmen kommen frühestens Ende April in den Besitz der Krankenkassen, also nicht rechtzeitig genug, um zur Bezahlung des Verzeihonorars am Fälligkeitstermin verwendet werden zu können. Um die Ärzte nicht wieder auf das ihnen zustehende Honorar warten lassen zu müssen, bittet der Verband das Reichsarbeitsministerium, bei der Reichsregierung und besonders beim Finanzministerium darauf hinzuwirken, daß den Kassen die nötigen Beträge als Darlehen gegeben werden. In dem Reichsarbeitsministerium bereits angeregten Verhandlungen der Kassen mit der Stadt Berlin wegen Herabgabe eines Darlehens sind ergebnislos verlaufen. Der Kassenverband hofft, daß die aus der letzten Erhöhung der Grundlöhne sich ergebenden Mehreinnahmen es ihm im nächsten Quartal ermöglichen werden, die Schwierigkeiten zu überwinden, so daß ein den Kassen gewährter Kredit voraussichtlich nur kurze Zeit in Anspruch genommen zu werden braucht.

## Kraubüberfall in einem Fernzug.

### Ein Verbrecher in der Uniform eines Reichswehroldaten.

In einem von Schneidemühl kommenden Personenzug wurde zwischen Dahmsdorf-Rüncheberg und Strausberg heute früh um 5 Uhr ein Kaufmann von einem in der Uniform eines Reichswehroldaten befindlichen Mitreisenden plötzlich überfallen. Der vermeintliche Reichswehroldat stach mit einem Seitengewehr auf den stehenden Reisenden so furchterlich ein, daß das bedauerenswerte Opfer schwer verwundet und bewußtlos zusammenbrach. Dann versuchte der Täter dem Ueberfallenen das Gepöck zu rauben. In diesem Augenblick kam an der Rückseite des Wagens ein von Trittbrett zur Trittbrett gehender kontrollierender Beamter vorbei, der sofort die Tür aufriß und sich auf den Verbrecher stürzte. Bei dem nunmehr entstehenden Ringen zog der Beamte die Rolkeins. Diese Gelegenheit benutzte der Verbrecher, um zu entfliehen und im benachbarten Wald zu verschwinden. Sein Seitengewehr ließ er im Wald zurück. Der schwerverletzte Reisende wurde in das Strausberger Krankenhaus verbracht. In seinem Aufkommen wird gemeldet. Es ist dringend notwendig, daß die Behörden alles Erdenkliche tun, um dieses gemeinen Verbrechers kühnhaft zu werden.

Häufiges Tor-Seestraße. In den heutigen Morgenstunden wurde der Nord-Süd-Bahnhof Seestraße dem öffentlichen Verkehr übergeben. Pünktlich 5.22 Uhr fuhr der erste Zug vom Bahnhof Seestraße ab. Der Verkehr war schwach, wurde aber in den Vormittagsstunden stärker. Damit ist jetzt die ganze Nord-Süd-Bahnstrecke Häufiges Tor-Seestraße im Betrieb.

Bezirksbildungsamt. 5. Prüfungsterm am Sonntag, den 11. März (1. Serie, gelbe Karten), und Sonntag, den 1. April (2. Serie, rote Karten), nachmittags 3 Uhr, in der Wilhelmstraße, Bernburger Straße 20a/21. Das Professor Karl-Albiner Quartett: Werke von Mendel, Mozart und Schubert. Von den Abonnenten wird eine Nachzahlung von 100 M. pro Karte erhoben. Einzelkarten a 200 M. im Bureau des Bezirksbildungsamtes, Einbezahl. 3. u. 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, im Landtaggebäude, Sappinstraße 21 und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

### Der Naturapostel auf der Laterne. Eine Entkleidungsszene im Friedrichshain.

Ein sonderbarer Schwärmer mußte sich gestern in der Person des Schneiders Hermann Bock wegen Beamtenbeleidigung, Erregung öffentlichen Argernisses und Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten.

Böcker ist ein fanatischer Anhänger der Lehre Rousseaus und erblickt das Heil der Zukunft in der rücksichtslosen Abgabe an alle Ergründungen der Kultur in Bezug auf Wohnung, Eigentum und, was bei einem Schneider immerhin wundert, auf Kleidung. Wie in der Verhandlung zur Sprache kam, hat Böcker seine Wohnung oft auf Tage und Wochen verlassen und sie ohne äußeren Grund mit dem städtischen Mist für Obdachlose vertauscht, wo er an dessen Insassen Lebensmittel und Geld verteilte. Gegen diese Freigebigkeit wäre an sich nichts einzuwenden gewesen, doch stellte es sich leider heraus, daß diese milden Gaben zum Teil aus Diebstählen herrührten. Böcker ist wegen Eigentumsvergehen bereits mehrfach bestraft worden. Im Oktober vorigen Jahres versuchte er nun im Friedrichshain vor einer rasch zusammenströmenden Menge die Ueberflüssigkeit der hergebrachten Bekleidungsart zu demonstrieren. Als er sich bereits des Rodes und der Weste entledigt hatte, griff jedoch die Schutzpolizei ein. Um sich einer Verhaftung zu entziehen, kletterte Böcker mit affenartiger Behendigkeit auf den nächsten Laternenpfahl, von wo aus er die Beamten als „Proletariatsmörder“ beschimpfte. Nur mit großer Mühe gelang es, den sonderbaren Naturapostel herunterzuschaffen. Vor Gericht erklärte Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus, daß er im Auftrage der Verwandten und im eigenen Interesse des Angeklagten die Einstellung eines Entmündigungsverfahrens gegen Böcker beantragt habe, da an dessen Zurechnungsfähigkeit erhebliche Zweifel beständen. Das Gericht beschloß daraufhin, die Weiterbehandlung gegen Böcker zunächst bis zur Erledigung des Entmündigungsverfahrens auszusetzen.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern nachmittags in einem Untergrundbahnzuge ab. Gegen 2 1/2 Uhr verfuhr eine gut gekleidete Dame sich aus dem Untergrundbahnzuge unweit der Station Inselbrücke heraus zu stürzen. Sie wurde von anderen Fahrgästen noch rechtzeitig zurückgehalten und auf der nächsten Station zu der Rettungswache geführt. Der Arzt erklärte sie für geisteskrank und ließ sie nach dem Bismarck-Krankenhaus transportieren. Die Unbekannte ist etwa 23—25 Jahre alt, von schlanker Figur, hat schwarzes Haar und gefundenes, volles Gesicht. Sie trug einen Sammethut, imitierte Tigerpelzjacke, ein blaues Chapeailet, schwarze Strümpfe und schwarze Spangenschuhe. Sie ist vermutlich Schauspielerin. Sie hatte einen Zettel über eine Wäscherechnung bei sich, der auf den Namen Fräulein Hofmann lautete.

Zum Prozeß Röver und Genossen. Der Schriftsteller Max Paul Becker erucht uns um folgende Richtigsstellung: Es ist unwahr, daß der Staatsanwalt auf Grund des ärztlichen Gutachtens meine Freisprechung beantragte. Woher ist vielmehr, daß er infolge Fehlens jeglichen Beweises meine Freisprechung beantragte. Demgemäß erkannte auch das Gericht. Gegen die Denunziantin und alleinige Kronzeugin Luise Moravits habe ich Anzeige erstattet wegen wissentlicher falscher Anschuldigung.

Massenbestrafung in Berliner Gemeindeschulen. In der Nacht vom 5. zum 6. März suchte eine Diebesbande die 49.300. Gemeindeschule Oberstr. 17 heim. Die Diebe erbrochen die Amtszimmer und nahmen alles mit, was ihnen wertvoll erschien, u. a. die ganze Bodenrichtung. Auch leerten sie die Turngeräte ab, nahmen sämtliche Schlüssel aus den Amtszimmern mit, um vielleicht später noch einmal wiederzukommen. So geht es im Norden Berlins fast Nacht für Nacht. In die Bänken schreien sich nicht, den hungernden Kindern in den Kinderhorten die Profitorien zu entwenden. — Die Ausdehnung der nächtlichen Schuposstreifen auch auf die Schulgebäude ist danach eine dringende Forderung.

Die 75. Wiederkehr der Märztag von 1848 hat allen republikanischen Verbänden im Reich Veranlassung gegeben, würdige Feiern für den republikanischen Staatsgedanken und die Einheit des Reiches in zahllosen Städten vorzubereiten. Am 18. März finden die Erinnerungsfestlichkeiten in Berlin statt. Vormittags findet sich die VDP. zu der Protokollfeier im Großen Schauspielhaus ein, nachmittags 4 Uhr findet im Pinarisgymnasium des Reichstags eine Feier des jungen republikanischen Deutschland statt. Im Rahmen Ministerlicher Beratungen und Manifestationen der einzelnen Verbände werden eine Ansprache des Reichspräsidenten Genossen Loeb und die Rede eines Staatsmannes stehen.

Ueber Grundfragen der Gegenwartspolitik spricht Oberstudiendirektor Dr. Graf von Pechholz am Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Zeichenloft der Schule Widenbruchstraße zu Treptow auf Veranlassung der Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten aus einem Direktorenkursus und der Konfektions- und Modeabteilung findet in der Aula der höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz 6—8, am 10., 11. und 12. März statt. Sie ist geöffnet am Sonntag und Montag von 10 bis 7 Uhr und am Sonntag von 10 bis 2 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Die neuen Berliner Mieten. Genosse W. Schulz, der mehrfach in Berliner Partei- und Gewerkschaftsversammlungen über das Mietensystem gesprochen hat, hat in einem kleinen, handlichen Heftchen aus dem unerschöpflichen Bergwerk des neuen Mietrechts alles das herausgearbeitet, was für Berliner Verhältnisse von Bedeutung ist. Der Stoff ist anscheinlich geordnet und in leicht verständlicher Weise abgefaßt, so daß man mit ihm von einer „Einführung“ in das neue Berliner Mietrecht reden kann. An Parteienstellen wird die Broschüre bei reinem Namen Bezug durch die Abteilung für 100 R. abgegeben. Eine beschränkte Anzahl ist im Bezirkssekretariat, Pankow 3, Zimmer 7, erhältlich.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 17. Kreis. Nichtbesuch. Freitag, den 7. März, 7 Uhr, in der früheren „Freiheit“, Expedition, Weichselstr. 7, Sitzung des Bildungsausschusses.
- 6. Bd. Freitag, 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Dobzian, Salmendorfer Straße 11.
- 24. Bd. Mitgliedererhebung, den 12. Verkaufstag der Kaufmannschaft, Freitag, 7 Uhr, im Lokal Wilmstr. 12, Mitgliederversammlung der Kaufmannschaft, 14 mitzubringen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die hohen Löhne sind schuld.

Nachdem nun auch die Reichsregierung die Belastung aller Bierbalkenpolster, daß die Löhne an den hohen Preisen schuld seien, als ihr Programm verkündet hat, ist es notwendig, sich damit etwas eingehender zu beschäftigen. Zunächst etwas über die hohen Lebensmittelpreise. Wie uns aus Pommern geschrieben wird, verdient ein Landarbeiter in Pommern vor dem Kriege außer dem Deputat 60 Pf. pro Tag. Das machte jährlich 180 R. oder 22 1/2 Ztr. Roggen, den Zentner zu 8 R. gerechnet. Heute wird aus vielen Gütern im Kreise Rastatt ein Bargeld von etwa 60 R. gezahlt, das macht pro Jahr 18000 R. oder einen halben Zentner Roggen. Noch schlechter stehen sich die Gutsbeamten. Sie erhielten vor dem Kriege außer dem Deputat ungefähr 2000 R. pro Jahr Barlohn, was damals 250 Ztr. Roggen ausmachte. Heute erhalten noch viele Beamte einen Barlohn von rund 20000 R. pro Jahr oder ungefähr einen halben Zentner Roggen. Das Kapital der Entlohnung der Landarbeiter im Verhältnis zu den Getreide- und Kartoffelpreisen verdient überhaupt einer eingehenderen Beleuchtung unterzogen zu werden. Wir haben heute teilmäßig

Getreidepreise, die über dem Weltmarktpreis stehen. Gleichzeitig sind die Löhne der Landarbeiter derart, daß sie unter dem deutschen Existenzminimum sich befinden. Dieser Preiswucher unserer Agrarier wird durch die Politik der Regierung noch unterstützt.

Und wie steht es mit den Löhnen der Industriearbeiter? In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir darüber bereits eine Reihe unumkehrlicher Zahlen und Tatsachen angeführt. Wir haben darauf hingewiesen, daß das Existenzminimum gegenwärtig in Berlin für eine fünfköpfige Familie rund 100000 R. pro Woche beträgt. Wir haben weiter angeführt, daß die Löhne der deutschen Arbeiter weit unter den Weltmarktlöhnen liegen. Nehmen wir einmal die Löhne und Gehälter, wie sie gegenwärtig in Berlin auf Grund gewerkschaftlicher Tarifabschlüsse üblich sind. Wir haben da die Feststellung zu machen, daß es keine Gruppe, selbst der hochqualifizierten Facharbeiter und der Schwerarbeiter in Berlin gibt, die auch nur dieses Existenzminimum verdient. Soweit uns die in Geltung befindlichen Tarife vorliegen, bleibt auch die bestbezahlte Gruppe, die der Bodenmeister in der Expeditionsbranche, mit rund 80000 R. pro Woche noch um 20 Proz. unter dem Existenzminimum um. Zwischen 70000 bis 80000 R. pro Woche beträgt der Verdienst in sieben Gruppen. Zwischen 60000 bis 70000 R. beträgt der Lohn in einundzwanzig Branchen oder Industrien. Alle anderen Arbeitergruppen verdienen gegenwärtig in Berlin weniger als 60000 R. die Woche, d. h. weniger als 60 Proz. des unbedingt notwendigen Existenzminimums.

Es befinden sich darunter eine große Anzahl von Arbeitergruppen, deren Einkommen weniger als 50 Proz. des Existenzminimums beträgt, ja sogar, wie das der Friseur, nur ein Viertel des Existenzminimums ausmacht. Angesichts dieser haarsträubenden Tatsache erklären die Unternehmer und mit ihnen die Reichsregierung, daß an einen Erbau der Preise erst gedacht werden könne, wenn die Löhne nicht weiter erhöht werden, d. h. in Wirklichkeit, wenn der Weltmarkt mit Hilfe der Geldentwertung infamistisch betriebene

Abbau der Löhne die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik bilden soll.

Wir wollen gar nicht von der Unmöglichkeit reden, auf diese Weise den Abwehrkampf gegen die Ruhrbelegung zu führen. Unsere Abwehrfront, die von unseren Arbeitern gebildet wird, muß in kürzester Zeit zusammenbrechen, wenn diese selbstmörderische Wirtschaftspolitik aufrechterhalten wird. Wir wollen auch gar nicht auf die schweren Schäden hinweisen, die dem Volkstörper geschlagen werden, wenn ungeheure Massen des Volkes der Unterernährung, der materiellen und damit der geistlichen und moralischen Verelendung preisgegeben werden. Wir wollen nur auf einen Punkt besonders hinweisen, den wir übrigens bereits in unserer heutigen Morgenausgabe unterstrichen haben. Durch diese Politik wird der Weltmarkt, auf dem unsere Wirtschaft steht

Die Folge der Minderentlohnung hier ja bereits heute offen zutage. Betriebseinsparungen greifen immer mehr ein. Die Masse der deutschen Verbraucher wird vom Warenmarkt als Käufer in steigendem Maße verdrängt. Das führt nicht nur zu Betriebseinsparungen, somit zu Arbeiterentlassungen und zu Kurzarbeit, sondern auch unmerklich zu einer Umkehrung unserer Wirtschaft. Statt Gebrauchsgüter werden in steigendem Maße Luxusartikel produziert. An Stelle der technischen Verbesserung und der rationellen Betriebsführung tritt die Spekulation, die Kapitalvermehrung und die Dividendenpolitik. Man hat sich ja sehr auf die Preise der sogenannten „Währungsmittel“ eingelassen, daß unsere Produkte nun trotz der Parität der deutschen Arbeiter sogar den Amerikanern und Holländern zu teuer geworden sind. Diese Politik des Preiswunders und der Minderentlohnung muß zu schweren wirtschaftlichen Krisen und schließlich zu einem Zusammenbruch unserer Wirtschaft überhaupt führen.

### Lohnhöhung in der Holzindustrie.

Am Mittwoch (gestern) haben wieder Verhandlungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die schließlich zur Annahme eines Vergleichsentschlusses führten. Eine kurz besuchte Versammlung der Funktionäre des Verbandes nahm am Mittwoch abend in der Holzwerkstatt zu dem Ergebnis Stellung. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wurde vom Bevollmächtigten der Ortsverwaltung Böse berichtet. Nachdem die aufgestellten Forderungen der Arbeitervertreter von den Arbeitgebern und die Angebote der letzteren von den Vertretern der Arbeiterschaft abgelehnt waren, kam ein Vergleich auf folgender Grundlage zustande: Für die Woche vom 25. Februar bis 5. März werden die Tariflöhne um 22 Proz., von 1097,75 auf 1339,25 R. erhöht. Für die Woche vom 6. bis 10. März beträgt die Erhöhung 33 Proz., so daß sich der Tariflohn auf 1514,90 R. stellt. In der

nächsten Woche soll im Reichsarbeitsministerium über die weiteren Löhne verhandelt werden. An dieser Verhandlung sollen drei Unparteiische, drei Vertreter der Arbeitgeber und drei Vertreter der Arbeitnehmer, die beiderseits nicht direkt beteiligt sind, teilnehmen. Am Schluß seines Berichtes erklärte Böse, daß die Lohnkommission sich dahin einig geworden sei, der Kollegenschaft die Annahme der Abmachung zu empfehlen. — Nach einer längeren Aussprache stimmte die Versammlung der Annahme zu.

### Frieden im Zeitungsgewerbe.

Die Unternehmer hatten den am 2. März gefällten Schiedsspruch, siehe „Vorwärts“ Nr. 105, für die Zeitungsgewerbetätigkeit abgelehnt, die Angeklagten aber angenommen. Um einen Konflikt zu vermeiden, wurden von der Organisationsnachhilfe Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband nachgeführt, die dann auch stattfanden. Unsere Unterhändler ließen die Unternehmer in keinem Zweifel, daß, wenn sie nicht doch noch dem Schiedsspruch zustimmen, am Freitag der Streik ausbrechen würde, da die Genehmigung dazu von den betreffenden Instanzen bereits erteilt sei. Darauf erklärten sich die Unternehmer mit dem gefällten Schiedsspruch einverstanden.

Darüber hinaus einigen sich die Parteien für März auf eine Zulage von 25 Proz. auf das Februargehalt, unter der Voraussetzung, daß die Teuerung nicht weiter fortschreitet. Sonst sollen neue Verhandlungen beginnen. Eine gestern abend in der Neuen Bülthormenten einberufene Mitgliederversammlung stimmte den Abmachungen zu.

Wie uns Herr Scheuer mitteilt, wäre der Bericht über die Verhandlungen in Nr. 105 des „Vorwärts“ insofern ungenau, als Herr Scheuer vor dem Schlichtungsausschuß erklärt habe, daß die Anpassung der Gehälter an die Teuerung in der Leistungsfähigkeit der Zeitungsbetriebe ihre Grenze finde. Nach unserer Information hat Herr Scheuer allerdings seine Äußerung in diesem Sinne eingeschränkt, aber erst nachdem er von einem Vertreter der Angeklagten auf die Tragweite seiner ersten Erklärung aufmerksam gemacht worden ist.

### Die Märzlöhne der Bauanschläger.

In einer Versammlung der Bauanschläger am Mittwoch im Verbandshaus der Metallarbeiter berichtete Branchenleiter Gange über die letzten Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Es wurde ein Schiedsspruch gefällig, nach dem vom 1. bis 15. März ein Stundenlohn von 1500 R. und für Ueberarbeit des 1875fache des Tarifs vom Jahre 1912 gezahlt werden soll. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, die zur Annahme des Schiedsspruches führte.

Nach Erledigung dieses Punktes kam die Ruhrhilfe zur Sprache. Hierzu erklärte Grawow von der Ortsverwaltung, daß es infolge der Ruhrbelegung bereits zur Stilllegung von Betrieben gekommen sei. Durch diese Stilllegung wurden Kollegen in Mitleidenschaft gezogen, die sich behorlich gewickelt hatten, zur Ruhrhilfe ihre Ersparnisse beizutragen, jetzt aber darauf Anspruch machen, aus der Sammlung unterfüßt zu werden.

### Neuwahlen im Deutschen Portierverband.

In einer von der Sektion VII des Deutschen Reichsbundes einberufenen Funktionäerversammlung gab der Sektionsleiter Kollege Leude einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung, sowie über die letzten Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse. Für das neue Geschäftsjahr wurde von der Sektionsleitung sowie von den Funktionären einstimmig der Kollege Leude wieder in Vorschlag gebracht. Als 2. Sektionsleiter wurde Kollege Bielow, als 1. Schriftführer Kollege Wittner und als 2. Schriftführer Kollege Kisch vorgeschlagen. Als Revisoren kommen in Vorschlag die Kollegen Kied, Zimmermann und der Kollege Wahl. Für die Bezirksverwaltung wurde Kollege Diederich in Vorschlag gebracht. Die Wahlen selbst finden am kommenden Sonntag vormittags 10 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, zu dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Lohnbewegung im Kolonialwaren-Einzelhandel. Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten für Monat Februar sind endlich zum Abschluß gekommen. Von Arbeitnehmerseite ist der Schlichtungsausschuß anerkannt worden, der jedoch nicht in Funktion zu treten brachte, da die Verhandlungen zu einer Verständigung führten. Der neue Tarifvertrag ist ab Donnerstag im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7—10, zu haben.

Lohnzahlung in Polenmarkt. Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden polnischer Ober-Schlesiens ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Zulage der Löhne in Zukunft in polnischer Währung erfolgt. Man will dadurch die Erhaltung des Kursverhältnisses zwischen der polnischen und der deutschen Währung beeinflussen. Es wird darauf hingewiesen, daß für die Lohnzahlungen in polnischer Währung bisher 18 Milliarden deutsche Mark erforderlich waren. Die polnischen Industriefabrikanten mußten infolgedessen große Mengen deutscher Mark kaufen. Man will nun bezwecken, daß dieser Bedarf der polnischen Währung zugute kommt.

Lehrer der Reichsarbeitsverwaltung, S. 12 (Hochschule für die Arbeiter). Freitag, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Weichselstr. 14.

Sitzung, Holzarbeiter. Am Freitag, 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung statt. Die VDP-Delegation trifft sich um 5 Uhr im Saal 3 zur Vorbereitung. Legitimierung und Zutritt ist mitzubringen. Der Verbandsrat.

Bevorzugt für den Verkauf: Karl Viktor Schill, Berlin für Anzeigen; Th. Glöde, Berlin, Verlag „Vorwärts“ Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck; „Vorwärts“-Verlagsgesellschaft, Berlin; Paul Singer u. Co., Berlin, Lindestr. 3.

**Zähne zu 1600 u. 1900 Mark. Goldkronen / Srsatzkronen / Plomben.** + Vorzug dieser Anzucht 10%. Zahntätigkeit. Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.

**86 Gartenstr. 86**  
**Zahngebisse**  
Gold, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
Paul Schneider, Juwelier  
**86 Gartenstr. 86**

**Pianos**  
zur **Miete**  
Ansbacher Str. 1.  
für Partyschiffe

**Gold Silber Platin**  
Bruch  
Brillanten  
kauft restlos zu höchsten Tageskursen  
C. Käferle  
Juwelier - Juwelier  
Frankfurter Allee 278

Zur **Verlobung**  
**Trauringe**  
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an  
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an.  
Fast alle Preise in am Lager, Namen u. Etw. umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzugabe in 24 Stunden.  
Garantieechtheit für gesetzl. Goldgehalt!

**Trauringfabrik Albert Thal & Co.**  
C. 19, Seydelstr. 46 a (Pillnitzmarkt)  
**Zahngebisse** auch zerbrochene  
Gold-, Silber-, Platin- u. Double  
kauft zum höchsten Tageskurs  
**Edelmetallverwertung Kiesiger**  
C., Roßstraße 8, Laden, nahe Gertraudenstraße.

**Pfandscheine, Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
kauft höchststrahlend  
Holzmarktstr. 5  
+ 2-5120

**Von unten auf**  
Ein neues Buch der Freiheit  
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich

**Gardinen**  
Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Madras- und  
Küchenschürzen.  
Lokal-Gewerkschaften  
Kuehlin, Bergstr. 57  
am Kiebbahnhof.

**Geld**  
jede Wertsache  
und Pfandscheine  
auch mit Rückkauf  
recht.  
Wilh. K. F. Lange  
Holzmarktstraße 5  
Janowitz Passage

Wollst du preiswert  
**Hosen**  
kaufen, mußt du  
**Rosen-Anders**  
kaufen.  
A. Anders,  
Bergstr. 25

Achtung **Hosen** Achtung  
jeder Art in allen Größen und  
Qualitäten kann es sein, wenn  
unser billigsten in der  
Münch.-Glabacher Hosen-Zentrale  
Berlin, Rügener Str. 25  
(1. Querlad.) nahe Bf. Gesundbr.  
Fahrg. 1, 3, 5, 7, 11, 17, 18, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wo laß ich meinen Anzug machen?  
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Max Hotel, Schneidermeister**  
Neustädter, Rungelstr. 38, Tel. 100.  
Näherung für höchste Gewandarten  
Wirk Werkstätten u. Sanitätären

**Strickjacken**  
sicher Art  
Sportgarnituren, Jumper usw.  
Billigste Bezugsquelle!  
**Bruno Richter,**  
Fahrliedererger  
thür. Wollwaren  
Kopenhagener Str. 67, 1. Hochb. Nordring  
u. Bin-Pankow, Mendestr. 36 I. Pkw. 3723  
Nur Einzelverkauf!

**Teurenhaare**  
kauft zu höchsten Tageskursen  
C. Käferle  
Frankfurter Allee 278

**Alte Gebisse** auch zerbrochene  
pro Zahn 4300, 4000 bis 90000 Mark  
Gold-, Silberbrüche zum Tageskurs  
Zahn-Ankaufstelle  
**B. Zymelski, Weißburger Str. 32**